

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4689 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235

Mittwoch, den 7. Oktober 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das demokratische Prinzip und seine Anwendung. Zum Gothaer Parteitag. (Aus der „Neuen Zeit.“)

Der bevorstehende Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wird sich mit verschiedenen Fragen befassen, bei denen es sich um die Anwendung dessen handelt, was man gemeinhin das demokratische Prinzip zu nennen pflegt, d. h. das Prinzip der Entscheidung durch die Gesamtheit der Mitglieder der jedesmaligen relativen Gemeinschaft. Unter diese Definition wenigstens kann man alle Fälle einbeziehen, wo der Begriff demokratisch überhaupt anwendbar ist. Wir sprechen von demokratischem oder undemokratischem Verfahren auch in unpolitischen oder auch außerpolitischen Angelegenheiten, gebrauchen das Wort in Bezug auf private wie auf öffentliche Körperschaften.

Die Sozialdemokratie ist, wie schon ihr Name besagt, eine demokratische Partei, eine Partei, die demokratische Einrichtungen des öffentlichen Lebens, heute Staat genannt, erstrebt.

Aber der Name besagt noch mehr. Er qualifiziert dieses Streben durch den Zusatz sozial. Dieser Zusatz ist so ausgelegt worden, als bedeute er lediglich die Ausdehnung des Postulats der Gleichberechtigung vom Politischen auf das Soziale, bezw. Wirtschaftliche. Es ist aber richtiger, ihn so zu verstehen, daß die formelle Demokratie einem größeren Ziele neben- oder selbst untergeordnet wird, dem Streben nach wirtschaftlicher Gesellschaftsreform. Für die Sozialdemokratie sind sozialdemokratische Einrichtungen wesentlich Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck.

Indem wir dies niederschreiben, sind wir uns durchaus dessen bewußt, daß diese Definition zu reaktionären Zwecken mißbraucht werden kann und mißbraucht worden ist. Aber dann wird oder ward sie eben mißbraucht. Um sie reaktionären Zwecken dienstbar zu machen, muß ihr ein anderer Sinn untergeschoben werden als der, den sie thatsächlich hat, muß das Verhältnis der Unterordnung in ein gegensätzliches umgedeutet werden. Es giebt keine sozialpolitische Reform, die zur Demokratie in einem inneren Gegensatz stünde; jede sozialpolitische Maßregel, die einen solchen Gegensatz birgt, die nicht auf die Demokratie hinwirkt, ist das Gegentheil von Reform. Denn Reform heißt nicht schlechtweg Umgestaltung, sondern progressive Umgestaltung, und gesellschaftliche Fortentwicklung heißt Erweiterung des Kreises der am Kulturleben vollen Antheil nehmenden Gesellschaftsglieder.

Dagegen braucht die rein politische, die formelle Demokratie nicht erst mißbraucht zu werden, um zum Hebel für reaktionäre Zwecke zu dienen. Sie hat sich wiederholt bei ganz legitimen Gebrauch als solcher bewährt, so daß sich in verschiedenen Ländern die sozialpolitisch reaktionärsten Parteien zur politischen Demokratie bekennen. In einigen Kantonen der Schweiz nennen sich die konservativ-meritokratischen Demokraten, und es kann keinem Zweifel unterstehen, daß die demokratische Partei der nordamerikanischen Union den innersten Tendenzen des Etammes ihrer Parteigänger nach die konservativste Partei jenes Staatenbundes bildet. Wenn sie sich nicht immer und überall als solche bethätigt, so hauptsächlich deshalb, weil der Druck der politischen Konkurrenz ihre Führer oft zwingt, den eigentlichen Tendenzen der Partei entgegenzuhandeln, und weil sie außerdem nicht überall aus den gleichen Elementen zusammengesetzt ist.

Es ist ja bekannt, daß in all jenen Ländern, wo zwei große Parteien sich um die Regierung streiten, nicht die strammen Parteigänger, sondern die halben und schwankenden, stets zur Ueberläuferei geneigten Elemente jedesmal den Sieg entscheiden und daß die berufsmäßigen Parteiführer auf diese unsicheren Kantonten leicht mehr Rücksicht nehmen, als auf das Gros der treuen Parteigenossen.

Der Beispiele, wo demokratische Einrichtungen anti-progressiv gewirkt, sind Legion. In unzähligen Versionen haben Dichter und Philosophen Anlaß aus ihnen genommen, Sentenzen gegen die Demokratie zu fabrizieren und sie bilden das Arsenal für die Argumente der antipolitischen Sozialisten. Wenn aber all diese das Kind mit

dem Bade ausschütten, so würde es der Sozialdemokratie, die sich so gern auf ihre Wissenschaftlichkeit beruft, sehr schlecht anstehen, im Gegensatz dazu das Badewasser als reines, kristallhelles Trinkwasser zu erklären. Demokratische Einrichtungen sind nicht isolirt, auf den Grad ihrer Uebereinstimmung mit einem abstrakten Gleichheitsgedanken abzuschätzen, sondern in ihrem Zusammenhang zum allgemeinen Stande der politischen und sozialen Entwicklung. Dasselbe Volksrecht hat im alten Rom zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden gewirkt, und dasselbe Volksrecht wird in unseren Tagen in verschiedenen Ländern sehr verschieden wirken. Niemand wird behaupten können, daß das napoleonische Plebiszit oder die Wahl des Präsidenten der Republik durch das Volk an sich undemokratische Einrichtungen waren, sie waren es nur durch ihr Mißverhältnis zur sonstigen Verfassung Frankreichs, der geschriebenen, wie der ungeschriebenen. Ebenso ist das allgemeine Wahlrecht eine Reihe anderer politischer Einrichtungen und eine bestimmte Kulturhöhe mindestens der breiten Mittelschicht des Volkes voraus, um nicht als Hemmnis des Fortschritts mißbraucht werden zu können.

Die glänzenden Dienste, die es in Deutschland der politischen Erziehung der Arbeiterklasse geleistet hat, werden uns nicht vergessen lassen dürfen, daß es sich auf der andern Seite unzweifelhaft in seinen Wirkungen der Militärvorherrschaft, dem Junkerthum und dem monarchischen Absolutismus sehr vortheilhaft erwiesen hat. Und selbst als politisches Erziehungsmittel der Arbeiterklasse hätte es sich schwerlich in dem Maße bewähren können, wie es thatsächlich der Fall gewesen, wenn nicht eine Reihe von Ereignissen und Vorgängen in dieser Richtung mitgewirkt hätten, die dem Gelebe gegenüber reine Zufälle waren. Man denke an die Annexion Elsaß-Lothringens mit ihren Rückwirkungen, an die Gründungsepoche, den Kulturkampf, das Sozialistengesetz, die Brodölle u. und vor allem an die rapide industrielle Umwandlung Deutschlands, und man wird, sofern man sich nicht selbst täuschen will, dem vorstehenden Satze zustimmen. Nur unter bestimmten Verhältnissen ist das allgemeine Wahlrecht die „Lanze, die selbst die Wunden heilt, die sie schlägt“ und selbst dann kann das Heilen noch ein sehr kostspieliger, zeitraubender Prozeß werden.

„Was mir einfachen Bauer nicht recht begreiflich ist und nicht einleuchten will“ — schrieb im Jahre 1874 der „Bauernphilosoph“ Konrad Deubler an den Kulturhistoriker Hellwald — „ist etwas ganz Anderes. Sie sagen: „dann wahrhaft freisinnig ist allein das allgemeine Wahlrecht“ selbst dort, wo es vorkommen könnte, daß die Landbevölkerung völlig in den Händen einer Geißlichkeit wäre u. s. w. Sie, mein guter Menschenfreund, kennen uns rückständig: Wirbelthiere noch zu wenig! Ich bin unter diesen untersten Schichten aufgewachsen und gehöre bis zum Ende meines Lebens in diese Klasse. Denken Sie sich den gewöhnlichen Oberösterreicher — den Innviertler Bauern — und das allgemeine Wahlrecht! Unser, d. h. der Freisinnigen, Augapfel, die Schulgesetze, wären das Erste, was abgeschafft werden würde, und hernach alle anderen so mühsam mit menschlichem Blut erworbenen Errungenschaften. Was hat nicht alles seit Ferdinand II. Regierung die katholische Oberösterreicher gemacht? Denkfaul, unwissend, verlogen und kriecherisch ist er geworden. — — — Mir schwindelt der Kopf, wenn ich mir diese von christlichen Pfaffen vertheilten Waffen vor der Wahlurne denke.“

Der gute Deubler sah nur die eine Seite des Bildes und selbst diese nur von einem Gesichtspunkt aus, daher die übertriebene Darstellung der Gefahren des allgemeinen Wahlrechts. Aber der Mann war ein Sozialist, soweit er es verstand, und innerhalb seiner Beschränkungen ein heller Kopf, er sah zu schwarz, aber nicht absolut falsch. In verschiedenen Kantonen der Schweiz, wo das ultramontane Bauernthum vorherrscht, hat das allgemeine Wahlrecht lange Zeit nicht anders gewirkt, und nur dem Einfluß der Bundesgesetzgebung, dem Vordringen der Industrie und der großen Entwicklung des Verkehrs ist es zuzuschreiben, wenn sich die Verhältnisse in neuerer Zeit gebessert haben. Jedenfalls steht so viel fest, daß das demokratischste, gerechteste Wahlrecht nicht unter allen Umständen das beste Mittel ist, den sozialen Fortschritt zu befördern.

Indeß wir haben es heute nicht mit dem Wahlrecht zu thun. Wie die Dinge jetzt in Deutschland und über-

haupt in den Staaten mit einem starken industriellen Proletariat liegen, überwiegt der Nutzen des allgemeinen Wahlrechts als Hebel des sozialen Fortschritts so sehr, daß seine meist nur mehr indirekten Nachteile ihm gegenüber gar nicht ins Gewicht fallen. Ein Vergleich der Ergebnisse des allgemeinen Wahlrechts mit denen des Dreiklassen- und Zensuswahlrechts stellt dies außer allem Zweifel. Wir haben das Beispiel nur herangezogen, um zu zeigen, daß das demokratische „Prinzip“ allein es nicht thut. Mit einem unentwickelten Proletariat und Landvolk oder mit einem nach Art des römischen verlumpten Proletariat — heute als Regel eine Unmöglichkeit, aber unter besonderen Umständen noch nicht ausgeschlossen *) — wäre das allgemeine Wahlrecht ein sehr zweifelhafter Segen.

Hängt in diesem Punkte schon die Wünschbarkeit der Anwendung des demokratischen Prinzips von bestimmten Voraussetzungen ab, so noch in viel höherem Grade, sobald es sich nicht mehr um die Frage der Gleichheit des Wahlrechts, sondern um die Formen der Ausübung dieses Rechtes, sowie um die Art der Verfertigung von Gesetzgebungs- und Verwaltungsgeschäften selbst handelt.

Nehmen wir zunächst einen Punkt, in Bezug auf den alle Welt einig ist. Einstimmig tritt die Sozialdemokratie für das geheime Wahlrecht ein. Aber Niemand wird behaupten können, daß die geheime Stimmabgabe ohne Weiteres eine Forderung des demokratischen Prinzips sei. Sie hat an sich nichts mit ihm zu thun, sondern ist ein notwendiges Uebel, bedingt durch die ökonomische Abhängigkeit des einen Theiles der Wähler vom anderen, eine Schutzwehr der unabhängigen Stimmabgabe. In der Anfangen der Demokratie unbekannt, wird sie voraussichtlich eines Tages, weil überflüssig geworden, wieder verschwinden.

Man wird aber neben der Gleichheit der Stimmabgabe und dem Schutze des Wahlheimnisses heute auch die Gewähr gleichen Effekts jeder abgegebenen Wahlstimme verlangen. Mit anderen Worten, das proportionelle oder zahlenrechte Wahlverfahren. Und auch diese Forderung wird erhoben unter Berufung auf das demokratische Prinzip.**) (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

In den Kolonialrath ist als Sachverständiger für tropischen Plantagenbau der Afrikareisende Dr. Richard Hindorf in Berlin für die laufende Sitzungsperiode berufen worden.

Der Kolonialrath ist zum Montag, den 19. Oktober, einberufen worden.

Ueber das Pfandrecht der Bauhandwerker sollen nach dem „B. Z.“ die Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf im Reichsjustizamt soweit gefördert werden, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß er dem Reichstag im Anfang seiner Session unterbreitet werden kann.

Privilegien für Militärvereine. Bei Gelegenheit eines patriotischen Festes in Mannheim hat die badische Eisenbahnverwaltung, wie die „Freif. Ztg.“ berichtet, solchen Militärvereinen, die sich dem Landesverband angeschlossen haben, Ermäßigung der Fahrpreise gewährt, den vom Landesverband unabhängigen Militärvereinen aber solche Ermäßigung nicht bewilligt. — Wenn sich dies bestätigt, so würde die badische Eisenbahnverwaltung nicht mehr Eisenbahnpolitik, sondern Militärvereinspolitik getrieben haben.

Die Ernte und der Terminhandel. Das regnerische Wetter der letzten Wochen hat wichtige wirtschaftliche Resultate gehabt.

Die Ernte ist verregnet. Nicht nur, daß sehr wenig

*) Man denke an das Proletariat gewisser Handelsstädte, das weiße Proletariat in einzelnen Südkantonen der nordamerikanischen Union u. s. w.

**) Daneben merkwürdiger Weise auch unter Anrufung der Moral. So wurde jüngst in einem Leitartikel des „Vorwärts“ als einer der Vortheile des Proportionalwahlsystems die Beseitigung des „politisch unmoralischen Systems der Stichwahlen“ bezeichnet und damit „der unnatürlichen“ Bündnisse. Wir können aber weder einsehen, warum das „System“ der Stichwahlen a priori politisch unmoralisch sein soll, noch ist uns von irgend einem Wahlverfahren bekannt, welches das Wählen nach politisch moralischen Motiven sicherte, noch endlich können wir es für gute Politik halten, Wahlbündnisse unmöglich machen zu wollen, weil sie möglicher Weise „unnatürlich“ sein könnten. Uebrigens schließt das Proportionalwahlsystem Wahlbündnisse gar nicht einmal aus.

ei gebracht ist, das Eingebachte kann oft auch eine Preife erzielen, da es entweder halb verborgen, oder doch mindestens in einem derartigen Zustand ist, daß es ohne stärkere Mischung nicht gebraucht werden kann. Die Müller können für solches Getreide natürlich nicht den vollen Preis zahlen, sondern müssen die Abzüge machen für die durch die Mischung entstehenden Unkosten. Das Unglück will, daß gerade dieses Jahr hierzu geeignetes Getreide selten ist und deshalb wird theuer bezahlt werden müssen. Man ist im wesentlichen für diese Mischungen auf römischen Weizen angewiesen.

Noch schlimmer wie mit dem Weizen, ist es mit dem Hafer bestellt, der am meisten von der Witterung gelitten hat und um jeden Preis so schnell wie möglich losgeschlagen werden muß.

Mit dem Roggen steht es noch am besten aus. Da der Roggenverbrauch bei uns von dem Ausfall der Kartoffelernte abhängt, und diese durch den ewigen Regen gleichfalls fehlschlagen wird, so werden hier die Weisser einigermassen Preise erhalten, wenigstens auch der Roggen durchaus nicht ohne Schaden davon gekommen ist.

Die erste Ernte nach Aufhebung der Termingeschäfte wird demnach den Grundbesitzern keine Schätze in den Schoß werfen, vielmehr dürfte jetzt mancher agrarische Schreier, welcher am lautesten gegen den Terminhandel agitirt hat, im stillen seine Thätigkeit bereuen. In solchen Zeiten wie jetzt ist der Terminhandel eine gute Versicherung für den Landwirth. Wenn er im Juni verkaufte, so hätte er jetzt eine schöne Prämie erzielt, die ihn für den argen Ausfall zum großen Theil schadlos erhalten hätte. Die Aufhebung des Terminhandels hat ihn nicht nur der Prämie beraubt, sondern auch die Krisis schwieriger gemacht, indem der zur Mischung nöthige Weizen recht viel theurer wird herbeigeschafft werden wie sonst.

Dr. Kuhlmann, der wissenschaftliche Leiter des Kampfes gegen den Terminhandel, hat denn auch schon auf dem Fester Landwirtschaftskongress auseinandergesetzt, man dürfe für dieses Jahr noch kein günstiges Resultat des Verbois erwarten, sondern frühestens nächstes Jahr; das Resultat für dieses Jahr dürfte so ungünstig sein, daß es auch die Hoffnungen für das nächste Jahr stark pessimistisch beeinflussen wird. Die Agrarier werden einsehen, daß sie sich einestheils durch blinden Reid gegen den sogenannten Zwischenhandel haben hinreichen lassen, dessen Profite ihnen stets unrechtmäßig vorkommen, andertheils, in ihren wissenschaftlichen Vertretern durch falsche Verallgemeinerung von Abstraktionen aus amerikanischen Verhältnissen. In den Vereinigten Staaten mag der Terminhandel infolge von besonderen Umständen wirklich preisdrückend wirken; damit ist aber durchaus noch nicht gesagt, daß der Preisdruck gehoben wird, wenn man ihn in Deutschland verbietet. Der von Amerika ausgehende Preisdruck auf den Weltmarkt bleibt trotzdem bestehen und wird trotzdem auf Deutschland übertragen. Das ist ja stets das Traurige in unserem ökonomischen Leben: Die Dummheiten der Agrarier werden an der gesammten Nation gestraft. Handelte es sich bloß um die Großgrundbesitzer, so könnte es uns herzlich gleichgültig sein, was sie machen; aber das moderne wirtschaftliche Leben verurthacht eine solche Verknotung aller Interessen, daß die Aufhebung des Terminhandels sogar auf die industrielle Arbeiterklasse eine benachteiligende Wirkung ausüben kann.

„Weder christlich noch sozial“ ist es, so versichert der theure Gottesmann Stöcker in seinem Wochenblättchen „Christlich Sozial“ gegenüber dem Herrn Böhre, sich lediglich auf den Standpunkt des vierten Standes zu stellen. „Man fühlt das auch auf jener Seite. Deshalb sagt man wohl, daß der vierte Stand heutzutage Alle umfasse, die unter der Herrschaft des Kapitalismus seufzen. Das ist aber gänzlich verkehrt. Denn danach gehörten ein überschuldeter Grundbesitzer, oder ein vom Börsentreiben und Großhandel überbordender Fabrikbesitzer, oder ein vom Großbetrieb geschädigter Handwerksmeister zum Proletariat; diese Männer würden sich aber vor dieser Einordnung in den vierten Stand bedanken. Eine solche grundfalsche Auffassung ist nicht sozial, sondern das Gegentheil davon; denn sie zerrütet und verwirrt die Gliederung der Berufsstände und setzt an deren Stelle den bloßen Unterschied von Kapitalisten und Nicht-Kapitalisten. Das es aber dahin nicht komme, wollen wir gerade durch unsere sozialpolitische Arbeit an unserem bescheidenen Theile verhüten helfen.“

Boshast erinnert die Berliner „Volks-Ztg.“ daran, daß ein konservativer Sozialpolitiker, H. W. Riehl, der schon Anerkennung gefunden hatte, da Stöcker noch als „Schäferhund Christi“ die Lämmlein seiner Hürde hütete, noch ganz andere Leute als verkachte Großgrundbesitzer zu den Proletariern rechnet, „von dem Premierlieutenant a. D., der sein Leben als Cognacrennender fristet, gar nicht zu reden. Nach Riehl gehört ein entlassener Hofprediger ebenfalls zu den Proletariern, auch wenn er sich täglich satt essen kann. Das sollte Stöcker doch wissen.“

Zur Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. Wie die „M. P. C.“ hört, wird sich der Bundesrath in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Gesetzentwurf betr. die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen beschäftigen.

Ueber die japanische Konkurrenz bringen die „Times“ eine längere Auseinandersetzung. Es wird davor gewarnt, die Gefahr des japanischen Wettbewerbs zu übertrieben. Die Arbeitslöhne seien allerdings in Japan viel geringer als in Europa, aber dafür auch die Arbeitsleistung. Man braucht in Japan zur Bedienung derselben Maschinen dreimal soviel Arbeiter als in Eng-

land. Auch müsse sich Japan Rohstoffe von auswärts beschaffen, die Ausbeutung seiner Kohlenbergwerke erfordere immer mehr Produktionskosten und sein Eisen muß Japan fast ganz aus Europa beziehen. Die Hauptfache aber ist, daß die Maschinenindustrie Japans noch sehr wenig entwickelt, so daß Japan sich die Maschinen durchweg aus Europa kommen lassen muß. Ferner wird berichtet, daß auch unter den japanischen Arbeitern bereits das Klassenbewußtsein zu erwachen beginnt. Die Lebensmittel haben sich verteuert, zugleich findet eine große Nachfrage nach Arbeitern statt — diese fordern nun Löhnerhöhungen. Die Löhne seien auch bereits in einzelnen Industrien erheblich gestiegen. Trotzdem sei freilich die Lage der japanischen Arbeiter eine erbärmliche. In den Spinnereien von Osaka haben schon die Arbeiter zweimal gestreikt. Die japanischen Zeitschriften besprechen schon die Möglichkeit einer sozialistischen Bewegung in Japan. — Wir vertreten die Ansicht, daß die Gefahren der ostasiatischen Entwicklung am allerwenigsten in Japan selbst zu suchen sind, sondern daß es sich um die gewaltigsten allgemeinen Gegensätze der kapitalistischen Weltmarktentwicklung handelt. Das Verhängnisvolle liegt in der großen Steigerung der europäischen Produktion, welche durch die Eröffnung des ostasiatischen Marktes bedingt sein wird, aber mit einem allgemeinen Zusammenbruch enden muß, weil der Markt durch die Industrieländer des stillen Ozeans Europa abgeschnitten werden wird. In Betracht kommen, außer Japan, noch die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland und Ostindien. Was Japan speziell anbetrifft, so wird es mit der Fertigstellung der transsibirischen Eisenbahn sein Eisen nicht mehr aus England, sondern viel billiger aus Sibirien beziehen. Die „billige Arbeitskraft“ werden die Japaner dort finden, wo sie jetzt die sibirischen Eisenbahn-Unternehmer im Uebermaß gefunden haben — in China. Und für die Entwicklung der japanischen Maschinenindustrie werden vor allem sorgen — die englischen und deutschen Techniker und Kapitalisten.

Die Entwicklung schreitet vorwärts. Ihre zerstörenden Schlussergebnisse sind so offenkundig, daß selbst die Kapitalisten sich ihnen nicht verschließen können. Aber sie suchen sich damit darüber hinwegzutrosteln, daß es noch nicht so schnell kommt, daß es noch eine Weile dauert. Und — „nach uns die Sintflut.“ Gerade so dachten auch Adel, hoher Klerus und Absolutismus am Ende des vorigen Jahrhunderts. Aber die Sintflut kam doch viel schneller, als man es sich gedacht hat, und sie hat niedergewaschen, was ihr im Wege stand.

Zweites — zum nächsten sozialistischen Arbeiterkongress — bekommen wir auch einen „Bericht über die Arbeiterbewegung in Japan!“

Zur Illustration der Handhabung des Begnadigungsrechtes erzählt die „Volks-Zeitung“ folgender Fall aus jüngster Zeit:

Ein Junge von fünfzehn Jahren weite an einem Sonntag aus Neugierde in einem Biergarten, wo eine fremde Gesellschaft Lärm verursachte, bis eine Räumung des Gartens verlangt wird. Der junge Mensch hat sich an dem Lärm nicht betheiligert, er gehörte nicht zu jener Gesellschaft. Gleichwohl wurde er wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs angeklagt. Die Staatsanwaltschaft beantragte seine Freisprechung, aber die Strafammer sprach ihn schuldig und beantragte eine Gefängnisstrafe. Das Rechtsmittel an das Reichsgericht hatte keinen Erfolg. Infolge dessen wurde ein Gnadengesuch für den jungen Menschen, dem ein glänzendes Zeugnis ausgestellt wurde, eingereicht und auch von dem Geistlichen angelegentlich befürwortet. Auch die Staatsanwaltschaft schloß sich dem Gnadengesuch an. Und dennoch wurde es zurückgewiesen. Der junge Mensch hat die Gefängnisstrafe verbüßt, die ihm sein Leben lang anhängt. Damit sei die Begnadigung von Beamten verglichen, die wehrlose Personen mißhandelt und ihre Amtsgewalt schändlich mißbraucht haben.

Die Eisenbahnarbeiterbewegung setzt auch das Hauptorgan der rheinischen National Liberalen, die „Köln. Ztg.“ in Furcht und Schrecken. Das genannte Unternehmerblatt schreibt: „Die Eisenbahnarbeiterbewegung nimmt immer mehr einen internationalen Charakter an. Dem ersten Eisenbahnerverein in Halle ist bald ein zweiter gefolgt, über dessen Gründung die Sozialdemokratie sehr erfreut ist. Der Verein der Eisenbahnarbeiter der preussischen Staatsbahn in Leipzig und Umgegend soll schon 500 Mitglieder zählen. „Aus dem Leben der Eisenbahner“ scheint eine stehende Rubrik in der sozialdemokratischen Provinzialpresse werden zu wollen. Auch der Parteitag in Gotha wird sich vielleicht mit der Eisenbahnarbeiterbewegung befassen; der zweite Hamburger Wahlkreis verlangt, daß von Parteiwegen ein Flugblatt zur Unterstützung der Agitation herausgegeben werden soll. In Oesterreich ist es bekanntlich schon zu Ausständen der Eisenbahnarbeiter gekommen. Jubelnd verkünden die sozialdemokratischen Blätter, daß in Argentinien die Eisenbahnarbeiter feiern. Viel hätte ja seiner Zeit auch nicht gefehlt, und die Schweiz wäre die Stätte eines großen Eisenbahnerausstandes geworden. Die Bewegung frist weiter. In Deutschland liegt sie noch in den Anfängen; aber sie kann gerade hier bei der Gewalt der Sozialdemokratie ganz besonders gefährlich werden.“

Aus Marx' Schriften wird, wie der „Vorwärts“ mittheilt, augenblicklich eine interessante Sammlung und Uebersetzung zahlreicher in englischer Sprache veröffentlichter Essays, Flugchriften und Zeitungartikel über die orientalische Frage für den Druck vorbereitet.

Zur Sozialpolitik der preussischen Eisenbahnen. Um die Profitmacherei der Privatunternehmer ist die königlich-

preussische Eisenbahndirektion zu Halle a. S. liebevoll besorgt. Das zeigt das nachstehende vertrauliche Schriftstück, das der „Leipziger Volksztg.“ zugeflogen ist:

Halle a. S., den 1. September 1896.
Betrifft: Arbeiterlohnverhältnisse.

Vertraulich.
Der evangelische Arbeiterverein zu Leipzig ist namens der auf den preussischen Bahnhöfen in Leipzig beschäftigten Arbeiter um Erhöhung der Löhne, Vergütung von Ueberstunden, Regelung der Arbeitszeit und Beitragszahlung der Löhne während der Dauer der Ableistung einer militärischen Uebung vorstellig geworden.

Für die Prüfung der erhobenen Ansprüche ist es uns von Werth zu wissen, welche Löhne in anderen Betrieben den Handarbeitern gezahlt werden und wieviel Arbeitsstunden dafür zu leisten sind, um so einen Vergleich zwischen den von der preussischen Staatsbahndirektion in Leipzig gezahlten Arbeiterlöhnen und den Löhnen gleichartiger oder ähnlicher Betriebe ziehen zu können.

Wir glauben in dieser Angelegenheit mit den übrigen Arbeitgeberern um so mehr Rücksicht nehmen zu sollen, als bei der großen Anzahl der von uns beschäftigten Arbeiter eine Erhöhung der Löhne anderer Arbeiter aber den in Leipzig üblichen Durchschnittslohn hinaus zu zweifeln, als eine allgemeine Forderung auf Lohn-erhöhung hervorgerufen würde.

Wir ersuchen daher ergebenst, uns gefälligst recht bald mittheilen zu wollen, welche Löhne bzw. welche Naturalzuwendungen neben dem Grundlohn die bei Ihnen beschäftigten gewöhnlichen Handarbeiter — nicht Handwerker — beziehen, wie die Löhne steigen und wieviel Arbeitsstunden dafür täglich zu leisten sind.

Gleichzeitig ersuchen wir um gefällige Aeußerung, ob und welche Vergütungen für Ueberstunden gewährt und ob die Löhne während der Dauer einer militärischen Uebung weitergezahlt werden.

Halle.

Charakteristisch an diesem niedlichen Schriftstück ist zunächst die arbeiterfreundliche Furcht der königlich preussischen Eisenbahndirektion, daß sie durch ein paar Pfennige Lohnzulage über den üblichen Durchschnittslohn gerathen könnte. In ihrer Verunsicherung können wir, bemerkend die „Leipz. Volksztg.“ dazu, der Eisenbahndirektion Halle mittheilen, daß die Leipziger preussischen Bahnhöfe von vielen Arbeitern gemieden werden, weil sie anderwärts unter besseren und lohnenderen Bedingungen Arbeit zu finden hoffen. Und das nicht mit Unrecht, zumal die Eisenbahndirektion offenbar die Meinung vertritt, daß sie aus Rücksicht auf die Privatunternehmer möglichst schlechte Löhne zahlen müsse. Naive Menschenkinder meinten freilich bisher, es sei die Aufgabe staatlicher und kommunaler Behörden, in der möglichst guten Entlohnung menschlicher Arbeit dem profitstüchtigen Unternehmertum mit leuchtendem Beispiel voranzugehen. Wie steht es aber in Wirklichkeit um die berufenen „staatlichen Musterbetriebe?“

Lübeck und Nachbargebiete.

6. October.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind von Stadt- und Landamte angenommen: Dr. phil. E. C. A. Blohm, Apotheker, R. W. F. Busch, Telegraphist, A. R. F. Erichsen, Eisenbahnbodenarbeiter, F. J. H. Gehren, Gastwirth, A. C. F. J. Kähler, Elementarlehrer, C. F. Kell, Bauunternehmer, H. F. H. Kröger, Tischlermeister, H. H. L. Metelsdorf, Schänkwirth, A. H. Rieden, Tabak- und Cigarrenfabrikant, F. H. Schmalfeld, Kupferschmied, H. F. R. Soltmann, Barbier und Rahntechniker, A. A. D. Stallbaum, Flußschiffer, C. W. H. Tonagel, Bureauvorsteher, H. Chr. D. Wiede, Rostos. Dieselben haben am 30. September 1896 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im verflossenen Monat erworben: Dr. phil. E. C. A. Blohm aus Hamburg, W. Th. E. Degutski aus Neuhoff, Provinz Westpreußen in Preußen, A. N. F. Erichsen aus Rehbergstraße, Provinz Schleswig-Holstein in Preußen, A. J. G. Jensen aus Süderhohweg, Provinz Schleswig-Holstein in Preußen, A. C. H. J. Kähler aus Jarrentin in Mecklenburg-Schwerin, C. F. Kell aus Marienburg, Provinz Westpreußen in Preußen, H. H. L. Metelsdorf aus Herrnhut in Fürstenthum Rastenburg, A. H. Rieden aus Watendorf, Provinz Schleswig-Holstein in Preußen, Wittve A. Chr. F. Ruffau, verwitwete Regel geb. Beuthien aus Lübeck, H. F. R. Soltmann aus Schönberg im Fürstenthum Rastenburg.

Handelsregister. Am 5. October 1896 ist eingetragen: auf Blatt 1203 bei der Firma „Lübecker Dampfschiffahrts-Gesellschaft“: F. W. H. Longenrich ist gestorben. An seiner Stelle ist Kaufmann G. Ed. Legtmeyer zu Lübeck zum Mitgliede des Vorstandes erwählt; auf Blatt 560 bei der Firma „Edmund Schmerzahl“: Die Firma ist erloschen. Das Geschäft ist auf die Blatt 1933 eingetragene Firma „Edmund Schmerzahl Nachf.“ übergegangen; auf Blatt 1933 die Firma: „Edmund Schmerzahl Nachf.“ Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: H. Th. Fr. Brunn, Buchhändler zu Lübeck; auf Blatt 1934 die Firma: „Edm. Schmerzahl.“ Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: E. C. Schmerzahl, Kaufmann in Lübeck.

Die Zwangsversteigerungen finden, wie das Amtsgericht bekannt giebt, am 7. October, 12 Uhr, im Zimmer 21 des neuen Gerichtshauses statt, demnächst aber Donnerstags, Mittags 12 Uhr, im Zimmer 20.

Von der Gemeindeversammlung in Blankensee ist der bisherige Vorsitzende des Gemeindevorstandes, Hufner H. J. Chr. Scharbau, auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Befestigung dieser Wahl durch das Stadt- und Landamt ist erfolgt.

Vergleichende Zusammenstellung der Einnahmen an Staatssteuern und Abgaben. Im Monat September 1896 gingen ein an Einkommensteuer 14634,81 Mark, Erbschaftsteuer 10513,31 Mark, Veräußerungsabgaben

16344,98 Mk., Stempelabgaben 8235,— Mk., Schiffe-
abgaben 20 537,75 Mk., zusammen 82 195,85 Mk. gegen
58294,20 Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
Vom 1. April bis Ende September dieses Jahres sind
807 749,49 Mark gegen 825 331,37 Mark in dem
gleichen Zeitraum des Vorjahres eingenommen worden,
mithin 17 581,88 Mark weniger.

In der Israelsdorfer Forsthalle findet Morgen das
1. te die Jahresgitarrenkonzert statt. Abends von
8 bis 10 Uhr wird eine kleine Ballfestlichkeit abgehalten
werden.

Die Kartoffelpreise werden, wie man schreibt, in
diesem Winter eine so beträchtliche Höhe erreichen, wie
seit langen Jahren nicht. Die Ernte ist überall sehr
schlecht ausgefallen, so daß die Nachfrage nach guter
Waare das Angebot bei weitem übersteigt. Im Vorjahre
kostete der Wüpel (24 Centner) Kartoffeln 33 bis
36 Mark, in diesem Herbst aber werden 40 bis 43 Mk.
bezahlt werden. Diesen Preisunterschied wird der Pro-
letariat während des langen Winters schwer empfinden,
denn er wird im Kleinverkauf noch schärfer zum Ausdruck
kommen.

Schiffsverkehr im Hafen. Im Laufe der letzten Woche
sind in diesen Hafen 51 Seeschiffe angekommen; 31 Dampfer
und 16 Segler. 10 Dampfer waren ganz oder zum Theil mit
3 Segler voll mit Getreide und Pflanzen beladen, während ein
Segler eine volle Ladung Saabradhölzer überbrachte. Von Eng-
land lief ein Dampfer mit Kohlenladung ein. Von Norwegen traf
ein Segler mit Wodden, von Dänemark ein Segler mit Wodden
begu. Knuden, und von Schweden ein Segler mit Wodden und
Kanksteinen beladen ein. Aus Schleswig-holsteinischen Häfen und
von Wismar kamen insgesamt 6 kleine Segler mit Seegras,
Wehl, Getreide, Soda, Kohlen, Kotes u. a. m. An lebendem
Schlachtwild wurden von 6 Dampfern 114 Stück Ferkel, zwei
Kälber und 233 Schweine angebracht. Die übrigen eintreffende
Ladung bestand zum Theil aus Stückgütern. Ausgegangen sind im
Laufe der Woche von hier 48 Seeschiffe, darunter 31 Dampfer
und 5 Segler mit Ladung und 6 Dampfer und 6 Segler leer oder
in Ballast.

Wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit wird sich
demnächst ein junger Mann aus achtbarer Familie zu
verantworten haben. Sonntag vor vierzehn Tagen lernte
der betr. junge Mann ein Mädchen, das aus Eckhorst
stammt und hier diente, kennen. Er nahm sie mit sich,
verschleppte sie nach einem Cafe und machte sie dort be-
trunken. Vom Cafe aus begaben sich beide nach den
Wallanlagen, wo sie am Morgen in nicht wiederzugeben-
der Lage in der Nähe der Bastion Kake gefunden wur-
den. Das junge Mädchen, das vollkommen bewußtlos
war, wurde mittelst Tragkorb nach dem Marstall gebracht.
Der junge Mann wurde zwei Tage darauf verhaftet und
steht nun seiner Bestrafung entgegen.

Dampferverkauf. Der Dampfer „Fehmarn“, der seit
Jahrzehnten zwischen hier und Fehmarn fuhr und im
Herbst außerangirt wurde, ist nach Dänemark verkauft
worden. Der Erlös für „Fehmarn“ wird von Ransen u.
Schmilinsky in Hamburg erbaut.

Als verbilgt theilt ein Mecklenburger Blatt mit, daß
zum 1. April nächsten Jahres die 13. und 14. Komp.
des mecklenb. Grenadier-Regiments Nr. 89 nach hier ver-
legt werden soll. — Abwarten!

Ertrunken. Die Wiesenarbeiten in der achten Stunde
hörten Passanten der Wiesenbrücke laute Hilferufe von
der Trave aus. Man sah eine weibliche Person, mit
dem Tode ringend, auf dem Wasser treiben. Da ein
Boot nicht zur Stelle und Rettungsversuche vom Lande
aus erfolglos waren, mußte man die Unglückliche ihrem
Schicksal überlassen. Gegen 8 1/2 Uhr gelang es endlich
mittels Bötten, die Leiche aufzufinden und zu bergen.
Die Identität des Mädchens, das anscheinend noch jung
ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Ihre Wäsche
ist mit dem Monogramm A. F. gezeichnet. Ob die Er-
trunkene freiwillig oder durch einen Unglücksfall den
Tod gefunden hat, konnte bisher noch nicht festgestellt
werden.

Strassammer. Sitzung vom 5. Oktober. Wegen gemein-
schaftlichen Diebstahls hatten sich die wiederholt „Ar-
beiter“ W. B., W. L. und der Drechsler B. zu verantworten.
B. ist in der Nacht zum 5. September in das Wirtschaftstotal
von Starke in der Moissinger Allee gestiegen und hat dort Ci-
garett, Wein, Likör, ein Messer, einen Porzellanbecher sowie eine Wäsche
gestohlen. An den geraubten Gegenständen haben sich dann alle
drei im Chausseegraben gültlich gethan. Das Urtheil lautete gegen
B. auf 2 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahr Ehrverlust und Zu-
lässigkeit der Polizeiaufsicht, gegen H. auf 1 Jahr Gefängnis und
gegen L. auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. — Wegen Entwendung
und Untreue hatte sich der Handlungsführer M. aus Rendsburg
zu verantworten. Derselben wurde zur Last gelegt, gegen den
Willen seines Prinzipals den Kunden bei Einkäufen größere Zu-
gaben gemacht zu haben. Auch hatte das Dienstmädchen bei M.
im Bett Wollenschnallen und Bonbons gefunden. Der Lehrling
wurde zu einem Verweise verurtheilt. — Der Arbeiter und
Händler B. von Ahrensöhl hatte sich wegen Körperverletzung zu
verantworten. Er gerieth am 8. August mit einem bei ihm im
Hause wohnenden Arbeiter in Streit, wobei er denselben mit einem
Stück Brennholz zerbrach, daß ärztliche Hilfe in Anspruch
genommen werden mußte. Der Angeklagte erhielt, dem Antrage
des Staatsanwalts gemäß, 1 Jahr Gefängnis zubüßt. — Der
Büchergeselle Chr. R. aus Waren, der wegen Diebstahls eine Strafe
in Waren zu verbüßen hatte, vermochte dem Drange nach Freiheit
nicht zu widerstehen und rückte aus. Außer dieser Straftat wurde
er noch von der Staatsanwaltschaft in Schwerin strafrechtlich ver-
folgt. Seinem Onkel, bei dem er sich hier aufhielt, entwendete er
26 Mk., einem Kommissar K. Stahl er am 2. September eine Cylind-
uhr. Bei dem Kommissar B. hier selbst hieß er zwei Paar Stiefel,
zwei Herrenhosen mitgehen. Bei dem Handwerker B., wo er das
Diebesgut verbergen wollte, nahm er einen Regenschirm mit. Dem
Kriminalwachmeister Beim gegenüber legte er sich einen falschen
Namen bei. Der Angeklagte, welcher schon mehrfach wegen Dieb-
stahls verurtheilt ist, wurde zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahren,
sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und
wegen Führung eines falschen Namens einem Beamten gegenüber
zu 1 Woche Haft verurtheilt.

Riel. Die Verbesserung des Dünen-
wesens in Preußen soll nach einer in Regierungs-
blättern enthaltenen Mitteilung durch einen Geset-
zentwurf, der dem nächsten Landtag zugehen würde, in
Angriff genommen werden. Die Festlegung der Meeres-

linien, die in Preußen einen Umfang von im Ganzen
10 000 Hektar haben, ist ein äußerst schwieriges Werk.
Wahler sind auf diesem Gebiete die allgemeine Bauver-
waltung, die landwirthschaftliche und die Forstverwaltung
thätig gewesen. Mit dem Etatsjahre 1896—97 ist eine
Aenderung dahin eingetreten, daß das Dünenwesen der
Nordseeküste, wo es sich nur um Festlegung handelt, eine
Aufforstung aber nicht in Frage kommen kann, von der
landwirthschaftlichen Verwaltung ganz an die Bauver-
waltung abgegeben worden ist. Die Binnenlinien an der
Ostseeküste deren Aufforstung angestrebt werden muß,
stehen zum Theil gleichfalls unter der Bauverwaltung,
zum Theil von Alters her unter der Forstverwaltung.
Da, wo dies nicht der Fall war, ist die landwirthschaft-
liche Verwaltung eingetreten und hat umfassende Deckungs-
und Aufforstungsarbeiten ausgeführt. Im Ganzen sind
aus Mitteln der landwirthschaftlichen Verwaltungen rund
2000 Hektar gedeckt und 3200 Hektar aufgeforstet worden.
Hierfür, sowie zu den umfangreichen und kostspieligen
Nachbesserungs- und Ergänzungsarbeiten, sowie für Aus-
füllung von Dünenlücken sind über 2 Millionen Mark
aus der Staatskasse aufgewendet worden. Die wichtigsten
Unternehmungen der drei auf diesem Gebiete thätigen
Verwaltungen entfallen auf die kurische und frische
Nehrung und die Halbinsel Hela. Auf der kurischen
Nehrung hängt zur Zeit der Fortbestand zweier Ort-
schaften, Breit und Berwiel, davon ab, daß die dieselben
bedrohenden Wanderdünen festgelegt werden, ähnlich wie
Lies bei den Ortschaften Ribben und Rossitten gelungen
ist. Nach den hier gewonnenen Erfahrungen und nach
den neuerdings gemachten Fortschritten in der Auf-
forstungsmethode soll es möglich sein, das schwierige
Werk in absehbarer Zeit durchzuführen, wenn aus-
reichende Mittel dazu verwendet werden können. — Wenn
nur der Militärschatz nicht vorzeitig die erforderlichen
Gelder fortschnappt!

Kiel. Das Kanakant theilt mit: Der Dampfer
„Johann Siem“ ist gehoben und geht bis spätestens
Dienstag von der Unfallstelle weg. Die Passage für
Schiffe bis fünf Meter Tiefgang ist schon jetzt frei und
ist von Dienstag ab für alle Schiffe frei wie vor dem
Unfall.

Flumshorn. Betreffs des Mordes hat in Gegenwart
des ersten Staatsanwalts Uebe aus Altona und des
Kreisphysikus Dr. Wenk aus Binneberg eine Sektion der
Leiche des ermordeten Arbeiters Möller stattgefunden.
Dieselbe hat ergeben, daß Möller vier Schüsse in den
Kopf erhalten hat, wovon der eine, der hinter dem rech-
ten Ohr durchgedrungen ist, unbedingt tödtlich gewesen
ist. Danach scheint Möller auf der linken Seite gelegen
und geschlafen zu haben, als er den Schuß erhielt. Die
Frau Tiedemann ist bereits wieder vernunftfähig,
und es wird sich das Schwurgericht in seiner nächsten
Sitzung mit der Sache beschäftigen.

Grabow. Der Zustand der Vergolder
der Leinsius'schen Goldleisten-Fabrik ist beendet, nachdem
beide Theile nachgegeben. Die Arbeiter werden statt es
nur zehn Stunden beschäftigt und erhalten 1,50 Mk. mehr
die Woche.

Kostock. Zum Götthard Parteitag entsenden
die Genossen des 2. Mecklenburger Wahlkreises (Schwerin-
Wismar) und des 5. Mecklenburger Wahlkreises (Kostock)
als Delegirten den Redaktor Groth. Die Kostocker
Genossen haben ihren Delegirten beauftragt, im Anschluß
an die Berichterstattung über die Thätigkeit der Reichs-
tagsfraktion die Anfrage zu stellen, warum dieselbe zum
Zwang eine geschlossene Haltung nicht eingenommen
habe. Des Weiteren werden die Kostocker Genossen auf
dem Parteitag folgenden Antrag einbringen: „die Parteilei-
tung wird ermächtigt, in jeder Provinz und in jedem
größeren Kleinstaat Zentralstellen zu errichten und mit
Geldmitteln auszustatten, diese Zentralstellen sind mit
der Aufgabe zu betrauen, alle zu ihrer Kenntniß kommen-
den ungehörigen Vorkommnisse auf dem Lande, insbe-
sondere soweit sie in Zusammenhang stehen mit den auf
dem Lande herrschenden Dienstverträgen und mit
der G e s e n d e o r d n u n g, möglichst an Ort und Stelle
zu untersuchen und das so gewonnene Material zu
sammeln; letzteres ist entweder der Parteipresse oder der
Reichstagsfraktion zu übermitteln“.

Kostock. Die Begeisterung für den Bund der
L a n d w i r t h e geht unter den mecklenburgischen Land-
leuten gewaltig in die Brüche. Der Vorstand eines
Zirkulars, in dem es heißt: „Auf der Vorstandssitzung in
Güstrow wurde beschlossen, bei denjenigen Mitgliedern,
welche ihren Beitrag pro 1895 nicht binnen 14 Tagen
und den Beitrag pro 1896 nicht bis zum 1. Juli bezahlt
hätten, den Zeitungsversand vorläufig einzustellen.
Es ist auch nicht angängig, daß Mitglieder, die oft
1 Jahr und noch länger keine Beiträge bezahlt haben,
die Zeitung stets umsonst zugestellt wird. Wenn alle
Mitglieder wüßten, welche Ersparniß an Zeit, Schreiberei
und Porto eintreten würde, wenn jeder stets pünktlich
seinen Beitrag zahlte, so würden die Beiträge gewiß
regelmäßiger eingehen. Von allen Ländern Deutschlands,
in denen der Bund Mitglieder hat, gehen in Meck-
l e n b u r g die Beiträge am schlechtesten ein,
dann kommt Bayern, doch sind in Mecklenburg 25 pCt.
rückständige Zahler, in Bayern nur 8 pCt. Daß diesem
Zustande sobald als möglich ein Ende gemacht wird, ist
unser aller Pflicht, und darum bitte ich ebenso freundlichst
wie dringend um beschleunigte Einsendung der rückständigen
Beiträge.“

Bremen. Die „Internationale Nheder-
und Polizeivereinerung“ hat wieder etwas
von sich hören lassen. Der Genosse Steiner, welcher

seinerzeit auf Verreiben des Norddeutschen Lloyd durch
die Bremer Polizei aus Bremerhaven ausgewiesen wurde,
weil er sich der Seerente und insbesondere der zu Tode
gehenden und gepeinigten Feuerleute auf den Seedampfern
angenommen habe, hat nunmehr auf den Seedampfern
(Belgien) einen Ausweisungsbefehl erhalten, auf Grund
dessen er binnen 8 Tagen das belgische Staatsgebiet zu
verlassen hat. Die Netherstippe wird mit schmerzlichem
Nachdruck von der Staatsaktion der mit ihr und ihren
Polizeihelfern international verbundenen belgischen Re-
gierung Kenntniß nehmen. Wir aber wünschen unserem
braven Genossen Steiner, daß ihm das freie Amerika,
wohin er sich zu begeben gedenkt, die Heimstätte bietet,
die das ungastliche Europa ihm verweigert.

Bremen. Wegen Unterschlagung von Kassegeldern in der
Höhe von 888 Mk. wurde der Bezirkskassierer des Deutschen Buch-
brudergeräthens-Verbandes hier selbst, Buchbruder Friedhoff, zu sechs
Monaten Gefängniß verurtheilt.

Oldenburg i. Gr. Ein beliebtes Mittel,
sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern ihre Existenz zu er-
schweren oder brodtlos zu machen, erblicken Arbeitgeber
darin, daß sie bei Lösung des Arbeitsverhältnisses das
Entlassungsgeld mit Merkmalen versehen oder auch
den Wortlaut so setzen, daß der neue Arbeitgeber auf den
ersten Blick weiß, daß der Arbeiter Sozialdemokrat ist.
Ein solches Mittel glaubte auch der Inhaber eines hie-
sigen Möbelmagazins, C. Nahwes, anzuwenden, indem
derselbe einem seiner Tapezierer folgenden Entlassungs-
zeugniß ausstellte:

Der Tapezierer Herr ... hat an 1 1/2 Jahr bei mir
gearbeitet.

Abgesehen von seinen politischen Anschauungen und Pünkt-
lichkeit war seine Arbeit zu meiner Zufriedenheit.

C. Nahwes, Möbelmagazin.

Es wäre am Plage gewesen, wenn der betreffende
Arbeitgeber diesen Ordnungsmann verklagt haben würde,
dann ihm in Zukunft die Lust zur Ausstellung eines
solchen Urtheils vergeht. Denn nach § 146 Abs. 3
der Gewerbeordnung wird der Arbeitgeber bis zu 2000
Mk. oder 6 Monate Gefängniß bestraft, welcher ein
Zeugniß mit Merkmalen verfaßt, „welche den Zweck
haben, den Arbeiter aus dem Wortlaut des Zeugnisses
zu kennzeichnen.“

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der nationalliberale Parteitag nahm die
Resolution des Zentralvorstandes wegen der Kirchen- und
Eisenbahnpolitik, der Landwirtschaftsfrage (mit einem auf die
Eisenbahnpolitik bezüglichen Zusatz) sowie bezüglich Er-
haltung der bestehenden Goldwährung, des Fach-
und Fortbildungsunterrichts und über Kolonialpolitik an.
Auf-München sagte in seiner Schlussrede das Ergebnis
der Verhandlungen zusammen und schloß mit einem Hoch
auf die Partei. Der Parteitag wurde sodann geschlossen.
Die „N. A. Z.“ schreibt, sie halte es nicht für wahr-
scheinlich, daß die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf zum
Schutze der Bauhandwerker im Reichsjustizamt so schnell
abgeschlossen würden, wie man in manchen Kreisen anzu-
nehmen scheine. Die Reichsverwaltung werde sich schwierig
schließen machen, so lange die Stellung der preussischen
Regierung noch unentschieden sei.

Mainz. Bei der Landtagswahl errang die Sozial-
demokratie einen glänzenden Sieg.

Rotterdam. Die Anarchisten Wallace und Haines
mußten freigelassen werden, weil die Auslieferungsver-
träge das Verbrechen der Bomben- Erzeugung nicht vor-
sehen, Wallace und Haines werden via Hamburg nach
Amerika zurückkehren.

Charleroi. Fünfzehntausend Glasarbeiter beschlossen,
in den Generalstreik einzutreten.

Tarnopol. Die Ortschaft Szczurowice ist gänzlich
eingeeßert. 118 Häuser, Probstei, Kirchen und Schulen
sind niedergebrannt. 700 Menschen kampiren auf freiem
Felde.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
An Ueberreiß von der Vassaifeier Mk. 135,24
Mit den Nr. 232 quittirten „ 5305,55
Insgesamt Mk. 5440,79
Friedr. Meyer & Co.

Angewommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Montag, den 5. Oktober.
Vormittags.
9,15 Margaretha, Carlson, von Oskarshamn in 12 Tg.
11 10 D. Livadia, Benscheldt, von Stettin in 24 Std.
Nachmittags.
4,40 D. Linnea, Nybera, von Helsingfors in 55 Std.
Dienstag, den 6. Oktober.
Vormittags.
5,45 D. Livland, Ahrens, von Riga in 60 Std.
Abgegangen:
Montag, den 5. Oktober.
Nachmittags.
1,30 D. Agge, Andersen, nach Kalmar.
6,13 D. Halland, Petersson, nach Kopenhagen.
Dienstag, den 6. Oktober.
Vormittags.
7,30 D. Gustav Waga, Svendsberg, nach Karlskrona.
D. Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr 3: SW,
stärklich. — 5,81 m.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Alpha ist am 4. Oktober von Karlskrona nach Stettin ab-
gedampft.
D. Stadt Lübeck ist am 4. Oktober von Memel auf hier ab-
gedampft.
D. Rufland ist am 4. Oktober von Riga auf hier abgedampft.
D. Orpheus ist am 4. Oktober von Königsberg auf hier ab-
gedampft.
D. Luba ist am 5. Oktober von Königsberg auf hier abgedampft.
D. Marie Louise ist am 5. Oktober in Kronstadt angekommen.
D. Deutschland ist am 5. Oktober in Riga angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber die Haftung keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Verlobte:
Adolfine Bände
Johannis Müller
beide in Hamburg.
Lübeck, den 4. October 1896.

Am Sonntag Abend 10 1/2 Uhr starb plötzlich am Herzschlage mein langjähriger, treuer Mitarbeiter, der Maschinenmeister
Christian Lütgens
zu Stedelsdorf, im 58. Lebensjahre.
Seine Hinterbliebenen:
Seine Frau, geb. **Wubben!**
Stedelsdorf, den 6. October 1896.
P. F. Bruhns.

Achtung!
Central-Krankenkasse der Vater u. v. B.
J. Olsson, 1. Bevollmächtigter,
wohnt jetzt: **Ludwigstraße 10.**

Frau Sehner, Hebamme
Wegelstraße 7.

Frau Bahr, Hebamme
Schützenstraße 48 a.

Frau F. Sager, Hebamme
Schlumacherstraße 14, 1. Etage.

Verkauf von Möbeln, Spiegeln und
Polsterwaren billigst.
H. C. Wichmann, Hundestraße 80.

Ein fast neuer Küchentisch
ist preiswürdig zu verkaufen **Safenstraße 6.**

Eine junge Buchmacherin sucht Beschäftigung in und außer dem Hause. Näheres Deputat 15.

J. C. H. Boy
empfiehlt aus seinen Geschäften:
Breitestr. 56, Bahnhstr. 16, Mauer 84
täglich frisch gezeichnete hiesige
Büchlinge und Sprossen
Lachsheringe — Fleckheringe
La. geräucherten Rheinlachs.

Die Schweineschlachtere
von
W. Strohsfeldt
73 Glockengießerstraße 73

empfehlen:
Frische Flohmen, Pfd. 55 Pf.
Schweinefleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Barbante . . . Pfd. 60 Pf.
Popf und Bein . . . Pfd. 20 Pf.
Speck, fett u. mager Pfd. 55 Pf.
Fettes Kalbfleisch . . Pfd. 50 Pf.
Nur hiesige Waare.

Kümmel
Lützenburger Doppel pr. Liter 75 Pf.
Erummeier 75 Pf.
Gewöhnlicher 60 Pf.
sowie alle sonstigen Spirituosen in bester Qualität.
G. Hamann, Gr. Gröpelgrube 55.

No. 50 u. No. 60
vorzügliche 5 Pf.-Auswahl-Cigarren.
Schiffelbuden. **Wilh. John.**

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:

Volkslexikon
Nachschlagebuch
für sämtliche Wissenszweige
mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-
Geschichte, Gesundheitspflege, Handels-
wissenschaften, Sozialpolitik,
nebst Generalregister.
Unter Mitwirkung von Sachverständigen heraus-
gegeben von
Emanuel Warm.
Erscheint in Lieferungen à 20 Pfennig.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Friedr. Meyer & Co.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz ge-
brauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener
(nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
Abh.: **G. Teichgräber.**

Der
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1897

ist erschienen und seines reichhaltigen Inhaltes wegen Jedermann zu empfehlen.
Preis **40 Pfennig.**
Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
und deren Colporteurs.

Sieben ist erschienen und durch die Expedition des Lübecker Volksboten zu beziehen:

Die Währungsfrage
und die Sozialdemokratie.
Eine gemeinschaftliche Darstellung der währungspolitischen Kämpfe u. Zustände
von **Max Schippel.**
Preis **30 Pfg.**

Preis **30 Pfg.**

Deklamatorisch-Musikalischer Abend
bestehend aus

Theateraufführungen, Gesang und
deklamatorischen Vorträgen, Concert usw.
am Sonntag den 18. October 1896
im Lokale des Herrn **Muuss, Tivoli.**

Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende 11 Uhr. Entree 30 Pf. à Person.
Kinder unter 14 Jahren die Hälfte. — Ausgewähltes Programm.
Der Ueberschuss fällt dem Pressfonds zu.

Garten sind zu haben bei **C. Wittfoot, Hügelstraße 18, F. Lecke, Leder-**
straße 3, G. Kühler, Wötkerstraße 18, C. Meier, Brüderstraße 4a, W. Körner,
Kl. Burgstraße 39, 1. Etage, und in der Exped. des Lübecker Volksboten.

Erste grosse Kaninchen-Ausstellung
Lübeck — Schützenhof
am Sonntag den 11. October 1896
von Vorm. 11 Uhr bis Abds. 6 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf.
Probeportion von Kaninchenbraten 25 Pf. Der Vorstand.

Forst-Halle in Israelsdorf.
Heute: **Letztes Mittwoch-Concert.**
Von 8—10 Uhr: **Grosser Ball.**
Phil. Eckhardt.

Am Donnerstag den 8. October:
Verkauf von fetten Gänsen,
Rauchfleisch und Karpfen
auf dem Ziehbillard.
Hierzu ladet ergebenst ein
C. Jürgens, Stavenstraße 10 und 12.

F. M. & Co.

Freitag den 9. October,
Abends 8 1/2 Uhr.

COLOSSEUM.

Donnerstag den 8. October:
Gr. Concert u. Ball.

Anfang 8 Uhr.
Eintritt: Herren 40 Pf., Damen 20 Pf.
W. Dassler.

Otto Gennburgs Concerthalle

• Täglich großes Concert •
der bekannten Damen-Kapelle **Libussa.**
Mittwoch und Sonnabend:
Frühshoppen-Concert.

Gut gelblichende
Magnum bonum
empfiehlt **C. Piehl, Reiferstraße 29.**

Achtung! Maurer!

Mittwoch den 7. October:
Mitglieder-Versammlung
im Vereinslokal.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Kartell.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Fragekasten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Gesang-Verein
„Eintracht“

Mittwoch den 14. October 1896,
Abends 9 Uhr:

General-Versammlung

bei **Frahm**
Concordia-Garten.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1896.
2. Besprechung des Weihnachtstestes.
3. Verschiedenes

Der Vorstand.

Arbeiter-
Radfahrer-
Verein.

Mittwoch d. 7. October,
Abends 9 Uhr:

General-Versammlung

bei **Rumohr, Marlesgrube 22.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom letzten Quartal.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiterverband

Mittwoch den 7. October,
Abends 8 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

bei **F. Lecke, Lederstraße 3.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Abrechnung vom Ball.
3. Kartellberichte.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu dieser
Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

2 gr. Concerte

der
Banda municipale
di Pratola

(Abruzzen)
(circa 45 Musiker)

Dirigent: Cav. Maestro **Lorenzo Pupilla**
am 9. und 10. October im „Colosseum“
Billets im Vorverkauf bei **F. W. Kaibel**
und im „Colosseum“ 50 Pf., Kassenpreis 75 Pf.
W. Dassler.

Circus Variété.

Täglich: **Grosse Vorstellungen.**
Des kolossalen Andranges wegen, bitte ein hoch-
verehrtes Publikum um möglich frühes Erscheinen.
Die Kassen werden von jetzt ab schon 6 1/2 Uhr
Agoston! geöffnet. Anfang 1/2 8 Uhr.

Pia Manuela!

Charles Noissée. Pepino!
Arranka Brassai, Elsa Scholtes.
Kalberg. Tom und Tang.

Colossaler Nacherfolg!
Zu einigen Tagen: **Neue Debuts!**
H. A.: A. de Lyon, mim. Darsteller, Lola
Lieblich, Concentric-Sängerin, u. a. m.
Vorverkauf an den bekannten Stellen.

Stadttheater in Lübeck.

Mittwoch den 7. October:
6. Abonnements-Vorstellung. 6. Abthl.: „Vila-
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Neuheit! Schauspielpreise.
Neuheit!

Der Fluch der bösen That.
Schwank in 3 Aufzügen von H. Hochfeldt.
Donnerstag den 8. October:
7. Abonnements-Vorstellung. 1. Abthl.: „Flau-
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Das Glück im Winkel.

MARGARINE Marke HANSA EXTRA ist in Folge ihrer Güte sehr beliebt, stets frisch und in den
meisten Geschäften zu haben.
Bestellungen erbeten: Lübecker Margarinefabrik **Hansa, J. Schröder & Co.,** Nebenhofstraße 7. Vertreter: **Will. Hammer, Glockengießerstraße 17.**

Verantwortlicher Redakteur: **Otto Friedrich.** Verlag: **Theob. Schwarz.** Druck von **Friedr. Meyer u. Co.,** sämtlich in Lübeck.

Ein Sozialistentöchter vor Gericht.

Tilsit, 1. Oktober.

Auf Befragen des Präsidenten bemerkt bei der Fortsetzung der Verhandlung, die Nachmittags erfolgte, der Angeklagte: Er habe seinerzeit den Strafantrag gegen den Redakteur Epstein gestellt, weil ihm in der „Tilsiter Allgemeinen Zeitung“ Unwahrheiten vorgeworfen wurden. Es handelte sich damals um dieselben Dinge, wegen deren er heute auf der Anklagebank stehe. Er sei damals als Nebenkläger und Zeuge aufgetreten. — Präsi.: Wissen Sie, wer damals den Vorsitz geführt hat? — Witschel: Nein, Herr Präsident. — Präsi.: Kennen Sie mich? — Witschel: Jawohl, Herr Präsident. — Konnten Sie mich schon damals? — Witschel: Jawohl. — Präsi.: Ist Ihnen nicht erinnerlich, daß ich den Vorsitz damals geführt habe? — Witschel: Nein, das habe ich mir nicht gemerkt. — Präsi.: Sie sind noch ein zweites Mal als Zeuge in dem Prozeß Klein aufgetreten. Wissen Sie, daß ich in dieser Verhandlung ebenfalls den Vorsitz geführt habe? — Witschel: Nein, das habe ich mir nicht gemerkt. — Es erscheint danach als Zeuge Stadtrath und Stadtverordnetenvorsteher Schlegelberger: Der Angeklagte kam eines Tages zu mir, und bat mich, der an demselben Abend stattfindenden Stadtverordnetenversammlung beizuhören und seine Rechte wahrnehmen zu dürfen, da er gehört habe, daß seine Angelegenheit zur Sprache kommen werde. Ich erwiderte dem Stadtrath, ich könne ihm diesen Gefallen nicht thun, da laut Städteordnung ich nur denjenigen Stadtrath zur Debatte in der Stadtverordnetenversammlung zulassen kann, der mir vom Magistrat vorher schriftlich namhaft gemacht worden ist. Bei dieser Gelegenheit sagte der Angeklagte: Sobald mir die Stadtverordneten ein Mißtrauensvotum erteilen, werde ich mein Amt als Polizeiverwalter niederlegen. — Präsi.: Ist Ihnen das ganz genau erinnerlich? — Zeuge: Ganz genau. — Ein Geschworener: Ich möchte von dem Herrn Zeugen wissen, ob er den Stadtverordneten, die von dem Angeklagten angeblich gethane Aeußerungen mitgetheilt, beziehungsweise was er den Stadtverordneten mitgetheilt hat. — Zeuge: Ich habe die Aeußerung des Angeklagten bloß dem Herrn Oberbürgermeister mitgetheilt. Den Stadtverordneten habe ich nichts davon erzählt, weil ich dies für eine Beeinflussung hielt. — Präsi.: Eigenthümlich ist es, Herr Stadtverordnetenvorsteher, daß der Angeklagte, der doch das Bestreben hatte, sein Amt zu behalten und nicht los zu werden, die von Ihnen mitgetheilte Aeußerung gethan haben soll. — Zeuge: Ich halte meine Aeußerung mit voller Entschiedenheit aufrecht. — Es wird hierauf die Aussage des kommissarisch vernommenen Weinhändlers Westphal verlesen. Dieser hat bekundet: Witschel habe ihm den Vorgang auf dem Werthmann'schen Grundstück erzählt und ihm versichert, daß er von Gawehn nicht angerührt worden sei. Ferner habe ihm Witschel erzählt, daß der Stadtverordnetenvorsteher Schlegelberger ihn vollständig mißverstanden habe. Dieser behauptete, er hätte zu ihm gesagt, er würde, sobald die Stadtverordneten ihm ein Mißtrauens-

votum geben, sein Amt niederlegen. Er habe nur gesagt, er würde sein Amt niederlegen, wenn ihm die Stadtverordneten dauernd ein Mißtrauensvotum gäben.

Der nächste Zeuge ist der Pferdehändler Gawehn. Dieser giebt nach längerem Bögern zu, daß er wegen vorsätzlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und strafbaren Eigennutzes vorbestraft sei. Der Präsident setzt die Vernehmung des Zeugen aus. Dieser bekundet: Sein Dienstherr habe ihm einmal 10 Mk. versprochen, wenn er den Stadtrath Witschel, der ihm stets die Pferde schlecht mache, vom Hofe hinunterbringe. Bald darauf sei Witschel auf den Hof gekommen, um Pferde zu besichtigen. Als Witschel in den Stall kam, habe er denselben am Genick gepackt und mit Gewalt aus dem Stalle und Hofe hinausgeschleudert. — Präsi.: Hat sich der Stadtrath dies ohne Weiteres gefallen lassen, oder hat er sich gewehrt? — Zeuge: Witschel wehrte sich und schlug mir mit seinem Stock auf die Hand, so daß dieselbe anschwellte. — Präsi.: Haben Sie nun von Werthmann die 10 Mk. bekommen? — Zeuge: Jawohl. — Pferdehändler Werthmann, der darauf als Zeuge erscheint, wird ebenfalls unendlich vernommen: Er habe einmal seinem Knecht Gawehn gesagt: Wenn Stadtrath Witschel, der immer seine Pferde schlecht mache, wieder auf seinen Hof komme, dann solle er denselben gewaltsam aus dem Hofe hinauswerfen, und wenn er sich wehre dann solle er ihm das Leder vollhauen. Er habe dem Gawehn 3 Mk. dafür versprochen, da dieser aber seine Sache sehr gut machte, habe er ihm 10 Mk. gegeben. — Präsi.: Haben Sie denn den Vorgang beobachtet? — Zeuge: Jawohl, ich habe es von meinem Fenster aus gesehen. — Es erscheint danach als Zeuge Landgerichtsrath Viensfeldt. Dieser, der in dem Prozeß Epstein am 13. Dezember 1895 Beisitzender der Strafkammer war und auch das Erkenntniß damals abgefaßt hat, bekundet: Der Angeklagte habe in der erwähnten Verhandlung seine Aussagen genau so gemacht wie heute. Der Gerichtshof habe damals angenommen, daß Witschel zur Zeit sehr erregt war und die Tragweite seiner Behauptungen nicht zu ermessen vermochte. — Der Präsident hält hierauf dem Angeklagten eine von ihm am 12. Juli 1895 gemachte Eingabe vor. Zu dieser heißt es: Ich sagte zu dem v. Mauderode: „Ich warne Sie vor etwas Strafbarem. Wenn ich heute Abend in der Zeitung etwas finde, was ich konfiszieren darf, dann lasse ich die Zeitung rücksichtslos konfiszieren. Ich werde Ihnen damit den Beweis liefern, daß ich noch Polizeiverwalter bin.“ Der Angeklagte giebt zu, diese Eingabe geschrieben zu haben. — Ein weiterer Zeuge ist Staatsanwaltsassistent Roth: Er sei eines Tages dem Angeklagten in der Nähe des Werthmann'schen Hofes begegnet. Der Angeklagte sah derartig aufgeregt und in seiner Kleidung derangirt aus, daß er sofort auf die Vermuthung kam, demselben müsse auf dem Werthmann'schen Hofe etwas passiert sein. Er habe deshalb den Werthmann gefragt. Dieser habe ihm erzählt: Witschel habe ihn durch seine Schimpfereien auf seine Pferde in seinem Menomée geschädigt. Er habe deshalb seinen Knecht beauftragt, sobald Witschel noch einmal auf den Hof komme, diesem die Jacke voll zu hauen und alsdann vom Hofe hinauszuschmeißen. Er habe dem Knecht dafür 3 Mk. ver-

sprochen, da dieser es aber sehr gut gemacht habe, habe er ihm 10 Mk. gegeben. (Pöbelkeit im Zuhörerraum.) Der Präsident ermahnt das Publikum zur Ruhe. — Eine fernere Zeugin ist Frau Brettauer: Sie habe einmal vom Fenster ihrer Wohnung aus gesehen, daß auf dem Werthmann'schen Hofe der Angeklagte von dem Werthmann'schen Kutscher gestoßen worden sei. Schließlich habe der Kutscher den Mann am Nacken gepackt und ihn derartig aus dem Hofe gestoßen, daß derselbe stolperte. — Die Weithändler wenden ein, es sei wohl kaum möglich, daß Gawehn den Angeklagten in der bekundeten Weise gestoßen habe, da Gawehn, wie dieser behauptet hat, in der einen Hand eine Wascheleine hatte, und die andere ihm angeschwollen war. — Präsi.: Gawehn, was bezweckten Sie mit der Wascheleine? — Zeuge (nach längerem Bögern): Ich wollte den Stadtrath verhaften. (Pöbelkeit im Zuhörerraum.) Der Präsident ermahnt das Publikum wiederholt zur Ruhe. Die Zeugin Massalski bekundet noch: Gawehn habe später in ihrem Hause gewohnt. Frau Gawehn habe ihr einmal erzählt, ihr Mann habe sich um eine Dienstmannskonzession beworben; Stadtrath Witschel habe ihm dieselbe aber verweigert, weil er den Stadtrath einmal geschlagen und vom Werthmann'schen Hofe gestoßen habe. — Witschel bestreitet, daß Gawehn sich einmal um eine Dienstmannskonzession bei ihm beworben habe. — Dienstmädchen Hubert schließt sich den Bindungen der Vorzeugen vollständig an. — Gegen 8 Uhr Abends wurde die Verhandlung auf Freitag Vormittags 9 Uhr vertagt.

Tilsit, 2. Oktober.

Der Zuhörerraum ist auch heute überfüllt. Als Zeuge erscheint der Kutscher Feding: Er sei Kutscher bei Werthmann gewesen. Letzterer habe ihn einmal aufgefordert, den Stadtrath Witschel herauszuschmeißen, sobald dieser noch einmal Pferde besichtigen komme, da er die Pferde schlecht gemacht habe. Werthmann habe ihm (Zeugen) dafür 10 Mark versprochen. Er (Zeuge) habe aber dies Ansinnen abgelehnt, weil Stadtrath Witschel ihn als Kutscher engagieren wollte. Als er bald darauf eines Abends nach Hause kam, habe ihm der Kutscher Gawehn erzählt, daß er Stadtrath Witschel aus dem Hofe hinausgeworfen habe und dafür von Werthmann 10 Mark erhalten habe. — Kutscher Lucolis: Er sei auch Kutscher bei Werthmann gewesen. Werthmann habe an ihn dasselbe Ansinnen gestellt wie an den Vorzeugen, er hätte jedoch keine Gelegenheit, demselben zu entsprechen. Als er eines Abends nach Hause kam, habe ihm Gawehn erzählt, daß er am Nachmittage den Stadtrath Witschel aus dem Hofe geworfen und dafür von Werthmann 10 Mark erhalten habe. Daß Gawehn eine geschwollene Hand hatte, habe er nicht wahrgenommen. Sowohl dieser als auch der Zeuge Feding verneinen die Frage, daß der Angeklagte einen Revolver getragen habe.

Ein weiterer Zeuge ist der Dragonerwachtmeister Stern: Der Pferdehändler Werthmann habe ihm einmal erzählt, daß der Kutscher Gawehn auf seine Veranlassung den Stadtrath Witschel aus dem Hofe hinausgeworfen habe. Er habe mehrfach mit Witschel zusammen geritten. — Präsi.: Konnte Witschel gut reiten?

Mit dem Brandmal.

Roman von Gebhardt Schäzler-Perasini.

(42. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„O ja — und mehr als dies. Ich jagte ihn mit einer Heipfeife die Treppe hinunter.“

„Gut, gut!“

„Ob es sonderlich gut war, vermag ich nachträglich nicht zu behaupten, denn in seiner Wuth schrie er das Geheimniß ganz laut aus. Das ganze Haus weiß ja darum.“

Eine Minute hindurch starrt Weibold auf den Rand des Rahmes.

Er ist in eine schlimme Situation gerathen durch diesen Schuft. Eine Ahnung sagt ihm, daß er noch mehr zu hören bekomme. Zugleich aber weiß er auch mit Entschlossenheit, daß er nichts zugeben darf, nicht das Kleinste der Schuld.

Handelt es sich doch um den schwer gefährdeten Frieden seiner Familie.

„Unangenehm — sehr unangenehm“, sagt er mit eifriger, unnatürlicher Ruhe. „Ich werde den Bagabunden verhaften lassen.“

„Ah! Sie bestreiten also, Mr. Douglas, der Genosse jenes Kerls, des Rattenfängers — er nannte sie Friedrich Weibold — zu sein?“

„Entschieden! Ich wundere mich nur, daß Sie jemals im Ernst an eine solch' ungeheuerliche Anschuldigung glauben konnten.“

„Ja, ich glaube daran, ich glaube sogar noch mehr!“ kommt es wie ein dumpfer Schrei aus des Affessors Kehle.

Das Schifflein schwankt von der ungestümen Bewegung, welche Weibold macht.

„Sind Sie sich der Tragweite Ihrer Worte bewußt?“ ruft er.

„Ja und zehnmal ja!“ tönt es ihm entgegen. „Ich will Ihnen auch noch das Letzte sagen. Jener Mensch behauptete, Sie im Hotel aufgesucht zu haben, um dort, wie in meinem Hause für sein Schweigen Geld zu erpressen. Sie leugneten. Er scheint jedoch seiner Sache sicher zu sein und folgte Ihnen. Einstmals hatte ihm jener Weibold seine intimsten Familienverhältnisse enthüllt, daß er eine Frau hatte und zwei Kinder. Die Namen behielt er genau! Sie betreten im Laufe dieser Woche das Haus meiner Schwiegermutter und wurden von dem Sträfling beobachtet. Er forschte Alles aus und Alles stimmte.“

Aus der Rheingegend verzogen, zwei Kinder, der Vater verschollen. Und nun hatte er Sie fest. Berechnung und Rache spielten mit. Er suchte sich die vorthellhafteste Stelle, mich, den in den Diensten der Regierung stehenden Beamten, um zu erpressen — denn ich war ja ganz verbunden mit der Tochter eines Zuchthaussträflings!“

Wie Schwerthiebe fallen die Worte auf den todtblaffen Weibold nieder.

„Und Renate?“ ruft er plötzlich auffahrend. „Was haben Sie Renate gesagt? Wo ist sie?“

„Auf meinen Wunsch blieb sie der heutigen Partie fern. Ich mußte Sie allein sprechen. Was ich ihr sagte? Nur das, was sein mußte und hätte ich Gewißheit erhalten, daß sie um das freile Spiel, welches man mit meiner Ehre trieb, wußte, zur Stunde würde ich sie verlassen haben.“

„Wie edel! und jetzt!“

„Sie liegt wie gebrochen in ihrem Zimmer. Aber ich durfte mich nicht zurückhalten lassen. Ich liebe sie. Ihre Ehre ist die meinige und ist diese verloren, hat auch das Leben keinen Zweck mehr für mich. Nur Gewißheit will ich haben. Antworten Sie mir: Sind Sie ihr Vater? Sind Sie Friedrich Weibold?“

„Nein!“ ruft ihm ohne Bögern der Gefragte entgegen. „Sie sehen mich bleich, mir zittern die Glieder. Aber das ist die Empörung über eine solche erbärmliche Behandlung, welche man mir hier zu Theil werden läßt. Ich zürne Ihnen jedoch nicht. Vielleicht handeln Sie in Wahrung Ihrer Interessen. Um Ihnen jedoch weitere Aufregungen zu ersparen, will ich Ihnen versprechen, morgen schon abzureisen. Wer weiß, welche unheilvolle Folgen diese Verwechslung schon gehabt hat und noch haben kann.“

„Zu spät!“ entgegnete Heimen. „Nun muß ich Gewißheit haben um jeden Preis. Der Frieden ist ja bereits aus meinem Hause geschwunden. Ich werde Nachrichten einziehen drüben in New-York — bei meinem Vater. Er muß mehr von der Sache wissen.“

Der Affessor faßt mit beiden Händen die Ruder. „Rufen wir zurück. Meine Schwiegermutter soll vorläufig nichts von der Sache erfahren. Ich werde allein handeln. Behält sich aber Alles so, wie der Sträfling behauptet — dann wollte ich, ich hätte meinen Vorsatz von heute zur Ausführung gebracht und das Schiff mit uns Weiden umgestoßen.“

„Aus Ihren Worten spricht der Wahnsinn!“ erwidert Weibold, der zu ersticken droht.

„Vielleicht!“ sagt der Andere.

Das Schiff dreht sich und gleitet sodann rasch über die Fläche.

Der Sonnenschein liegt wie ein flüssiges Gold darauf, Wasserblumen schwimmen darüber.

Keiner von beiden spricht mehr ein Wort.

Weibold schaute unverwandt in die Tiefe des klaren Wassers.

Wenn er jetzt plötzlich ausspränge und dem jungen Mann zuriefe:

„Ja, ich bin der Sträfling und mein schuldloses Kin-

Zeuge: Jawohl, so leidlich. — Kreisphysikus Dr. Wolffberg: Haben Sie an Witschel beim Reiten etwas Sonderbares wahrgenommen? — Zeuge: Nein, Witschel sagte nur, daß er beim Reiten bisweilen Schmerzen in der Magengegend empfinde. — Dienstmädchen Rose: Sie sei Dienstmädchen bei Witschel gewesen. Sie habe niemals wahrgenommen, daß Witschel einen Revolver hatte. — Dienstmädchen Hülse: Sie habe mehrere Jahre bei dem Stadtrath Witschel in Diensten gestanden. Sie habe nicht wahrgenommen, daß Witschel einen Revolver bei sich trug, im Jahre 1895 habe sie jedoch einige Male einen Revolver auf dem Nachttisch liegen sehen. Auch habe sie zu jener Zeit einmal gesehen, daß Witschel, als er ausging, sich den Revolver einsteckte. — Auf ferneres Befragen bekundet die Zeugin noch: Witschel habe im Jahre 1895 mehrfach an Kopfschmerz und Schwindel anfallen gelitten und sei bisweilen umgefallen. — Cigarrenhändler Jahnert: Er habe wohl gehört, daß Witschel aus dem Werthmannschen Grundstück einmal hinausgeworfen worden sei, von wem er dies gehört, wisse er nicht. Dieses Vorwissen sei zur Zeit vielfach in der Stadt erzählt worden. Es sei auch einmal in seinen Laden erzählt worden, daß dem Stadtrath Witschel von einem Sozialdemokraten der Hut eingetrichtert worden sei. Es sei dies auch zur Zeit Tagesgespräch in Tüft gewesen, er wisse aber auch nicht, wer dies erzählt habe. — Witschel erklärt: Die ganze Geschichte sei eine Erfindung, ihm sei niemals der Hut eingetrichtert worden. Untersuchungsrichter, Landgerichtsrath Vepa: Nachdem Witschel bereits in Untersuchungshaft war, sei ihm das Verhör betreffs des Huteintrittens zu Ohren gekommen. Er habe deshalb Erhebungen darüber angestellt, dies: haben aber nichts ergeben.

Staatsanwalt v. Dyzalski: Ich beantrage, den Rechtsanwalt Anders als Zeugen zu laden. Dieser wird bekunden, daß er den Angeklagten im Jahre 1894, wenn auch nicht thätlich, so doch wörtlich aus seinem Bureau hinausgeworfen habe. Ich stelle diesen Antrag zur näheren Charakteristik des Angeklagten.

Es erscheint hierauf als Zeugin Frau Gawehn: Ihr Mann trinke wohl bisweilen, er sei aber nicht gewaltthätig. Im Sommer 1893 habe ihr einmal ihr Mann erzählt: er habe den Stadtrath Witschel aus dem Werthmannschen Hofe hinausgeworfen und dafür 10 Mark erhalten. Ob ihr Mann damals eine geschwollene Hand gehabt, wisse sie nicht. Im Jahre 1894 habe sich ihr Mann um eine Dienstmannskonzession beworben, sei aber von Witschel abgewiesen worden. — Witschel: Ich bemerke wiederholt, daß Gawehn sich niemals, und zwar weder mündlich noch schriftlich um eine Dienstmannskonzession bei mir beworben hat. — Gawehn bekundet auf Befragen des Präsidenten: Er sei, als er sich im Jahre 1894 um die Dienstmannskonzession beworben, nicht bei Witschel persönlich gewesen. Er habe vor dem Polizeibureau den Oberpolizeikommissar Stadie getroffen, und dieser habe ihn schon gleich von vornherein abgewiesen.

Frau Gawehn bekundet noch, daß Witschel im Sommer 1895 einmal in ihrer Wohnung gewesen sei, um ihren Mann zu sprechen.

Witschel: Diese Bekundung der Zeugin ist richtig. Im Jahre 1895 begegnete mir Gawehn einmal auf der Straße. Er trat an mich heran mit den Worten: Herr Stadtrath, in der Stadt erzählen sich die Leute, daß ich Sie auf dem Werthmannschen Grundstück geschlagen und

hinausgeworfen habe. Sie wissen doch am besten, daß das nicht wahr ist. Ich erwiderte: Diese Ihre Bemerkung ist mir sehr werthvoll, wo wohnen Sie? Als er mir seine Wohnung gesagt hatte, sagte ich ihm, daß er sehr bald von mir hören werde. Ich begab mich sofort zu dem Rechtsanwalt Theising, und dieser rief mir: den Gawehn von der Staatsanwaltschaft vernehmen zu lassen. Ich begab mich infolge dessen sofort in die Wohnung des Gawehn, ging mit diesem zu dem Rechtsanwalt Theising, und von dort führten wir den Gawehn zur Staatsanwaltschaft. Gawehn wurde auch sofort vernommen. Einige Tage später hörte ich aber, daß Gawehn ausgefragt: er habe mich mit der einen Hand am Genick und mit der anderen an der kurzen Kippe gepackt und mich so aus dem Werthmannschen Hofe hinausgeworfen. Gawehn, nochmals vorgerufen, bemerkt: Er könne sich auf jenen Vorgang nicht mehr genau erinnern, er sei ange-trunken gewesen.

(Schluß folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Zu Turin, der Hauptstadt der italienischen Provinz Piemont, ist ein großer Gerberstreik ausgebrochen. Veranlassung dazu gab ein in der Fabrik der Gebrüder Florio angestellter Meister, der sich den Arbeiterinnen gegenüber unmoralische Forderungen erlaubte. Die Arbeiter dieser Fabrik verlangten die Entlassung des Wälzlings, die Besitzer der Fabrik waren aber damit nicht einverstanden, worauf das Personal die Arbeit niederlegte. Da die übrigen Gerbereibesitzer sich mit Florio's solidarisch erklärten, wurden auch deren Personale in die Bewegung hineingezogen. Es streiken nun zusammen 2000 Personen; zu ihrer Unterstützung sind wöchentlich mindestens 15000 Lire erforderlich. Die sozialistische Partei Italiens steht den armen Verfolgten stets mit Unterstützung zur Seite. Bei der Größe des Streiks bedarf es aber auch der internationalen Hilfe, wenn der Sieg in diesem Klassenkampfe errungen werden soll. Die Arbeiterschaft Deutschlands wird deshalb ersucht, den kämpfenden italienischen Genossen ebenfalls mit Unterstützung zur Seite zu stehen. Die Gelder sind zu adressiren an die Redaktion des „Criso del Popolo“, Via Bogino 38, Torino (Italien.)

Aus Nah und Fern.

Um die sauerverdienten Arbeitergrofchen, welche in Klassen der sozialdemokratischen Organisationen fliehen, machen sich unsere Gegner arg viel Kopfzerbrechen. Bei ihnen steht es fest und sie haben dafür einen eigenen Ausdruck, daß diese Beiträge zur „Mästung“ der sogenannten Führer und Agitatoren dienen. Die Arbeiter könnten nun ja unseren Gegnern keine größere Freude machen, als daß sie diejenigen, die in ihrem Dienste stehen, nach kapitalistischem Muster langsam, aber sicher verhungern lassen und die „sauerverdienten Arbeitergrofchen“ denen zuwandten, die sich so viel Sorge darum machen. Die Grofchen der sozialdemokratischen Arbeiter finden eine gute Verwendung: zum Theil dienen sie zum Unterhalt der Parteiangestellten, zum Theil zur Agitation und zum Theil zur Unterstützung Derjenigen, die der christliche Sinn des Unternehmertums auf das Pflaster wirft und dem Hunger preisgibt. Der Bericht unserer Parteileitung giebt namentlich der Zentrumpresse Gele-

„Ich möchte Sie bitten, einen Augenblick zu verharren. Wie ich bemerke, hat meine Frau noch gar kein Licht in ihrem Zimmer. Ich will vorsichtig nachsehen. Schläft sie, so ist es am besten, wenn wir sie nicht stören.“

Frau Anna nickt und er schreitet vorsichtig durch die Thür des anstößenden Zimmers, welche offen bleibt. Langsam theilt er sodann zwei Portieren und nun tritt er halb in das Schlafgemach seines Weibes.

Es brennt kein Licht; aber durch das Fenster fällt schimmernder Mondenschein.

Ein blaßes Angesicht richtet sich von den Kissen auf, zwei dunkle Augen schauen ihn an.

„Du bist wach, Renate?“ fragte er gedämpft.

„Ja — und nicht wahr — es ist ein Traum der mich quält.“

„Nein —“ antwortet er kaum verständlich.

Mit einem tiefen Seufzer gleitet sie in die Kissen zurück.

Er wartet noch eine kurze Weile. Sie rührt sich nicht mehr.

Dann schreitet er ebenso leise, wie er kam, durch die Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dieß Verlag) ist uns (eben die Nr. 20 des 6. Jahrgangs) zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen in Deutschland. — Die Bedingungen für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren in England und Frankreich. — Aus der Bewegung. — Lungenheilstätten für Arbeiterinnen. Von einem Berliner Arzt. — Warum ist die Errichtung von Schullantinen eine Nothwendigkeit? (Aus dem Bericht des Dr. Debiere, Mitglied des Gemeinderaths zu Vize.) — Feuilleton: Volkstest. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 2837) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pfg. Inzeratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pfg.

genheit, über die mit Schweiß bedeckten Arbeitergrofchen zu jammern, die die armen behörten Arbeiter den Agitatoren und Führern in den Rücken werfen. Wir sind in der Lage, schreibt die „N. N. Stg.“, eines der Mittelchen vorzuführen, womit fromme Geschäfts- und frommere Kirchenleute den Fang auf Arbeitergrofchen betreiben. Das Mittel besteht in einem Karton in der Größe von 6 zu 10 Zentimeter, der auf seiner Vorderseite folgende Worte trägt:

Billet für die Reise in das Paradies.
 Abfahrt: In jeder Stunde.
 Einzug: 1. Klasse: Armuth, Keuschheit, Gehorsam.
 Direkter Zug: 1. und 2. Klasse: Frömmigkeit, Gebet, Empfang der hl. Sterbesakramente.
 Gewöhnlicher Zug: 1., 2. und 3. Klasse: Gebote, Standespflichten.
 Die Rückseite trägt folgende Bemerkungen:
 1. Retourbillets werden nicht ausgegeben.
 2. Vergnügungszüge gehen nicht ab.
 3. Kleine Kinder, die noch nicht den Gebrauch der Vernunft erlangt haben, zahlen nichts, wenn sie nur im Schooße der Mutter, der katholischen Kirche, sich befinden.
 4. Die Passagiere werden gebeten, kein anderes Gepäck mitzunehmen, als gute Werke, wenn sie nicht den Zug vermissen oder auf der nächsten Station — Fegefeuer — wo jedes andere Gepäck abgelegt werden muß, einen unfehlbaren Aufenthalt haben wollen.
 5. Auf der ganzen Strecke und an jeder Station werden Reisende aufgenommen.
 6. Jedes Billet muß den Stempel der heiligmachenden Gnade tragen.
 7. Jeder Reisende kann während der Fahrt von einer niederen in eine höhere Klasse aufsteigen, hingegen ist das Umsteigen in eine niedere Klasse, als lebensgefährlich, durchaus verboten.

Der gleichen Marken werden bei kirchlichen Festen Waflfahrten u. s. w. verkauft, und zum größten Theil mögen es auch hier „sauerverdiente Arbeitergrofchen“ sein, die dafür ausgegeben werden. Warum kümmern sich unsere Gegner nicht um den Verbleib und die Anwendung dieser Arbeitergrofchen?

Meineid aus Liebe. Aus Berlin wird berichtet: Das Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich Freitag v. W. mit einer Anklage wegen wiederholten Meineides und Anstiftung dazu zu beschäftigen. Die Verhandlung entrollte ein Bild tiefer sittlicher Verwahrlosung. Der Arbeiter Gustav Wersel lag im Anfang dieses Jahres mit seiner Ehefrau in Scheidung. Er lebte schon seit längerer Zeit mit der unverheirateten Johanne Woschmann zusammen, die er nach erfolgter Scheidung zu heirathen versprochen. Wersel ließ sich indessen zu häufigen Mißhandlungen seiner Geliebten hinreißen. Als das der Woschmann eines Tages zu viel wurde, lief sie zur Polizei und erstattete Anzeige. Wersel erhielt darauf eine Anklage wegen Körperverletzung. Am 7. April stand in dieser Sache Termin an, in welchem die Woschmann als Belastungszeugin auftreten sollte. Nach ihrer Verurteilung erklärte die Zeugin zur Verwunderung des Gerichtshofes, daß sie die ganze Geschichte erkundet habe. Der Angeklagte habe sie gar nicht geschlagen, sie habe bei der Polizei gelogen, um sich an Wersel, mit dem sie einen Wortstreit gehabt, zu rächen. Trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß ihre jetzige Aussage das Gepräge der Lüge an sich trage, blieb die Zeugin dabei, daß ihre frühere Bezeichnung eine wesentlich falsche gewesen sei. Am 16. April nahm die Woschmann ihre entlastende Aussage wieder auf ihren Eid. Diesmal waren aber mehrere Zeugen geladen, welche Augenzeugen der Mißhandlungen gewesen waren, welche Wersel gegen die Woschmann begangen hatte. Der Meineid der Zeugin lag auf der Hand und ebenso, daß Wersel sie dazu verleitet hatte. Er wurde wegen der Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt und wegen des Verdachts der Verleitung zum Meineid sofort in Haft genommen. Wersel hat vom Untersuchungs-Gefängnisse aus einen Kassiber an die Woschmann gerichtet, der aufgefunden worden ist. In diesem Kassiber schreibt er: „Bleibe nur standhaft und leugne. Wenn ich auch zwei Jahre Zuchthaus bekomme, so kannst Du denken, ich bin so lange beim Militär gewesen. Wenn ich wieder herauskomme, heirathe ich Dich.“ In der gestrigen Verhandlung legte die inzwischen ebenfalls verhaftete Angeklagte Woschmann unter vielen Thränen ein Geständniß ab. Wersel habe sie zu dem Meineid überredet. Die Beweisaufnahme ließ keinen Zweifel an der Wahrheit dieses Geständnisses. Staatsanwalt Liebenow hielt den vorliegenden Fall für einen besonders schweren. Da die Geschworenen die Schuldfrage bejaht, so beantrage er gegen Wersel, den unzweifelhaft am meisten Schuldigen, eine Zuchthausstrafe von sieben Jahren, gegen die Woschmann drei Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof verurtheilte Wersel zu vier, die Woschmann zu anderthalb Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

Ein Vorfall in der katholischen St. Nikolaskirche in Amsterdam macht Aufsehen. In dieser Kirche sollte eben der Uebertritt der Tochter eines protestantischen Predigers in Amsterdam zur katholischen Kirche vor sich gehen, als der Bruder des Mädchens mit einem Polizisten erschien, die Vollmacht seines Vaters vorzeigte und seine minderjährige Schwester mit sich führte. So geheim war alles betrieben worden, daß der Vater erst am Tage vor dem beabsichtigten Uebertritt überhaupt Kenntniß von dem Plane seiner Tochter erhielt.

ist Dein geworden. Aber ich räume Euch den Weg, erhalte den Schuldlosen ihren Frieden!“

Wenn er hinuntertauchte in die glänzende Flut? Was gilt ein einzelnes Leben gegen vier andere? Und Weithold schüttelt das Haupt.

Es wäre zu spät, nutzlos! In der Seele des Andern hat das Gift bereits zu mächtig gewirkt.

Nach einigen Minuten bekommt man dem andern Rahn in Sicht.

Frau Anna und Robert schwenken Lächer. Sie fuhren bereits fuchend und ohne Resultat umher.

Rahn nähert man sich.

Der Assessor hat währenddem seine Fassung zurück-erhalten.

Bewundernswürth ist es, mit welcher weltmännischer Gewandtheit er sich Frau Anna gegenüber entschuldigt.

Diese wirft einen fragenden Blick auf Weithold, sobald sie sich un beobachtet glaubt. Er lehnt sich gegen den Schiffsrand, den Kopf etwas heruntergebogen.

Sein Auge hat einen matten Glanz und er schaut zur Seite.

Bei einem Scherzwort, das ihm Robert zuruft, wendet er das Gesicht und ein leichtes Lächeln zieht um seine Lippen.

Die unangenehme Laune des Assessors hält wirklich an, bis man nach Hause fährt.

Es dunkelt bereits ziemlich stark, als die kleine Gesellschaft die Stadt erreicht.

Ein Wagen ist bald zur Stelle geschafft und die Fahrt geht am Hause Herrn von Heimens vorüber, wo der Kutscher anhält.

Ich möchte doch nach Renate sehen, meint Frau Anna. Es geht nicht gut, sogleich den Wunsch der Mutter abzulehnen.

Während Robert mit Weithold im Fond des offenen Wagens zurückbleibt, schreiten der Assessor und seine Schwiegermutter die Treppe hinauf.

Im Salon angelangt, wendet sich Heimens an Frau Anna.